



Cryan räumt auf

Ein Briten soll die Deutsche Bank aus den Negativ-Schlagzeilen holen. Seite 9

Fotos: imago/Moritz Hager (L), Wikimedia/CC BY-SA 2.5 (r.)

Als Frau auf Platte

Ein Gespräch über die steigende Zahl obdachloser Mütter in Berlin. Seite 11

Aus die Maus: Sex kann töten

Die Männchen der Breitfuß-Beutelmäuse haben bis 14 Stunden Sex am Stück. Doch der Spaß ist tödlich. Ein Stresshormon sorgt dafür. Seite 20



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 9. Juni 2015

70. Jahrgang/Nr. 131 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Wieder nur Versprechungen

Kurt Stenger über das Zwei-Grad-Klimaziel der G7

Das Ziel, die Erderwärmung gegenüber der vorindustriellen Zeit auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, geistert schon lange durch den Zirkus der Klimadiplomatie. Beim UN-Gipfel 2009 in Kopenhagen wurde es zum offiziellen Ziel der Weltgemeinschaft erklärt. Wenn die G7-Chefs auf ihrem Gipfel in Elmau das Zwei-Grad-Ziel erneuern, fragt man sich schon: Was soll das?

Es ist die Fortsetzung der Politik des geduldenen Papiers beim Klimaschutz. Seit 2009 sind die globalen Treibhausgasemissionen auf immer neue Rekordniveaus gestiegen. Dabei hätten sie schon längst deutlich sinken müssen, wenn man es ernst meinen würde mit dem Zwei-Grad-Ziel. Laut den Experten des Weltklimarates steuern wir auf eine Erderwärmung um vier Grad zu – mit entsprechend katastrophalen Folgen vor allem für arme Tropenländer. Kritischere Wissenschaftler meinen sogar, dass plus 1,5 Grad das absolute Maximum sein dürfe.

Taten statt Floskeln – so lautet das Gebot der Stunde. In wenigen Monaten soll ein neuer Weltklimavertrag fertig sein und die bisherigen CO₂-Senkungsziele der Staaten reichen bei Weitem nicht einmal aus, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten. Gerade die G7-Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels sind hier gefragt. Doch Gipfelerklärungen, die lediglich an Verabredetes erinnern, sich nur verbal zu den Erneuerbaren bekennen und die Notwendigkeit der Armutskämpfung ausblenden, sind ein zu schwaches Signal.

UNTEN LINKS

Blatter, Jauch, Gysi, Fischen und Jain – so viele Rücktritte wie in den letzten Tagen werden selten auf einmal angekündigt. Was ist davon zu halten? Zunächst darf man festhalten, dass ein Rücktritt nicht mit einem Rückschritt verwechselt werden sollte, sondern oft in Verheißung eines Fortschritts vollzogen wird. Sprachkundige erkennen das bereits am Bedeutungsunterschied der Wörter Treten und Schreiten. Wobei beim Treten, so es in Komposita auftritt, auf orthografische Feinheiten zu achten ist. Jemand, der getreten wird, mag sich veranlassen sehen, zurück zu treten, ohne dafür von einem Amt zurücktreten zu müssen. Im Gegenteil ist der Verzicht auf einen Rücktritt beim zurück Treten schon aus hierarchischen Gründen empfehlenswert. Dass die Regeln der Getrennt- und Zusammenschreibung beim Zusammenschreiben dieser Glosse befolgt wurden, kann ich allerdings nicht garantieren. Dafür hätte ich den Text mit einem Duden-Kenner zusammen schreiben müssen. mha

Do gönndsch misch offräschn!

CDU erlebt in Dresden ein Debakel – aber Sachsen bleibt eine Hochburg der Union



Foto: dpa/Arno Burgi

Berlin. Aus Sachsen gibt es gute und schlechte Nachrichten – fangen wir mit der guten an: Die Kandidatin der rot-grünen Stadtratsmehrheit in Dresden, Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange, hat den ersten Durchgang der Oberbürgermeisterwahlen in Dresden gewonnen.

Leider reichen 36 Prozent aber nicht zur erforderlichen absoluten Mehrheit. Dirk Hilbert, Stellvertreter der bisherigen Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU), die ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen abgegeben hatte, kam auf 31,7 Prozent. Sachsens Innenminister Markus Ulbig von der CDU erhielt nur 15,4 Prozent. Es wird damit gerechnet, dass »das bürgerliche Lager« bei der zweiten Runde am 5. Juli mit einem gemeinsamen Kandidaten antritt.

Auch die Rechtsparterie AfD kündigte an, eine rot-grün-rote Oberbürgermeisterin verhindern zu wollen. Eine noch schlechtere Nachricht: Die Kandidatin der rechten Pegida-Bewegung, Tatjana Festerling, holte 9,6 Prozent.

Wahlen gab es nicht nur in Dresden, sondern auch in zehn Landkreisen. Hier konnte die CDU auf Anhieb alle Landratsämter behaupten. Die Beteiligung war allerdings schwach und lag zwischen 43 Prozent und nur 34,6 Prozent.

Auch in vielen Kommunen ist die CDU-Dominanz ungebrochen. Bei den Bürgermeisterwahlen in 181 Gemeinden schafften es die Bewerber bereits im ersten Anlauf – 70 davon wurden von der CDU vorgeschlagen. In 41 weiteren sächsischen Gemeinden muss ein zweiter Wahlgang über die Besetzung der Bürgermeisterposten entscheiden. Agenturen/nd Seite 2

Varoufakis trifft Schäuble und Gysi

Athens Finanzminister: Wollen die Gläubiger überhaupt eine Einigung? Neue Gespräche in Brüssel

In Brüssel gehen die Gespräche über das Kreditprogramm für Griechenland weiter. Wie groß ist das Interesse der Gläubiger an einer Einigung? Athens Finanzminister Varoufakis ist skeptisch.

Von Vincent Körner

Dass die Zeit knapp wird, gehört zu den Floskeln, die das Ringen um eine Einigung über das von den Gläubigern blockierte Kreditprogramm für Griechenland begleiten. Am Montag äußerte sich auch Kanzlerin Angela Merkel wieder so: »Jeder Tag zählt jetzt«, sagte sie zum Abschluss des G7-Gipfels in Elmau. »Es ist nicht mehr viel Zeit, das ist das Problem.«

Die Frage ist, was Merkel gegen das Problem zu tun bereit ist. Nach Auffassung von Griechenlands Finanzminister Yanis Varoufakis haben die Gläubiger mit Unterstützung der CDU-Politikerin vergangene Woche alle »über Monate ausgehandelten Annäherungen« zurückgenommen und forderten nun das Gleiche wie zu Beginn der Verhandlungen. Der Mann aus Athen, der am Montag in Berlin weilte, kritisierte gegenüber dem »Tagesspiegel« die beiden vergangene Woche vorgelegten Papiere von EU-Kommission,

Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) mit den Worten, einen »solchen Vorschlag macht man nur, wenn man eigentlich gar keine Vereinbarung will.«

Zuvor hatte er mit seinem Amtskollegen Wolfgang Schäuble ein »langes und konstruktives Gespräch« geführt, wie es nach dem Treffen hieß. Am Abend wollte Varoufakis eine Rede vor der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung halten. Sein Besuch führte ihn auch mit Politikern von Grünen und Linkspartei zusammen.

Bei einem gemeinsamen Presseauftreten mit Linksfraktionschef Gregor Gysi und der LINKE-Vorsitzenden Katja Kipping sagte Varoufakis: »Wir haben die große Verantwortung, unsere Differenzen zu überwinden und zu der Einigung zu kommen, die alle von uns erwarten.« Er warnte zugleich vor dem wachsenden Vertrauensverlust in die europäischen Institutionen, der nicht zuletzt eine Folge der Krisenpolitik sei. Gysi erklärte, die für die Krisenpolitik maßgeblichen Kräfte in Europa müssten begreifen, »dass ein Regierungswechsel gewählt worden ist in Griechenland«. Wenn jetzt von der neuen Regierung eine Fortsetzung der alten Politik ver-

langt werde, »dann brauchen wir keine Wahlen in Europa.«

Unterdessen geht die Suche nach einer Lösung weiter. Aus dem laufenden Kreditprogramm erwartet Athen noch ausstehende Zahlungen sowie EZB-Zinsgewinne in Höhe von 7,2 Milliarden Euro. Diese werden nicht freigegeben, solange Athen nicht bestimmte Bedingungen erfüllt. Über diese gibt es seit Wochen Streit.

Am Montag reiste der Athener

»Diesen Vorschlag macht man nur, wenn man eigentlich gar keine Vereinbarung will.«

Yanis Varoufakis

Vize-Außenminister und Wirtschaftssprecher der Regierung, Euclides Tsakalotos, nach Brüssel. Er solle dort unter anderem das Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Premier Alexis Tsipras und dem französischen Präsidenten François Hollande vorbereiten. Die drei wollen sich am Rande des EU-Lateinamerika-Gipfels am Mittwoch treffen.

Zuvor hatten Berichte über neuerlich verhärtete Fronten im Streit zwischen den Gläubigern und der Regierung in Griechenland die Runde gemacht. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte Tsipras am Rande des G7-Gipfels vorgeworfen, zwei Fristen zur Vorlage einer zugesagten überarbeiteten Liste mit Maßnahmen versäumt zu haben. Berichten zufolge soll Juncker wegen der Verärgerung auch eine Bitte von Tsipras um ein Telefonat zurückgewiesen haben. Eine Sprecherin der Kommission hatte erklärt, dass der griechische Regierungschef um ein Gespräch gebeten habe, dieses habe aber am Samstag nicht stattgefunden.

Der Sprecher der SYRIZA-geführten Regierung, Gavriil Sakellaridis, wies diese Behauptung am Montag zurück. »Juncker ist tatsächlich ein Freund Griechenlands«, sagte er zudem – und stellte klar, dass niemand der griechischen Regierung vorwerfen könne, sie sei nicht an einer Lösung interessiert. »Wir haben ein Dokument mit 47 Seiten geschickt.« Dieser Plan wird laut einem Bericht der griechischen Zeitung »Kathimerini« derzeit überarbeitet. Mit Agenturen

G7 vereinbaren mehr Klimaschutz

Zwei-Grad-Ziel fixiert / Verbrauch von Kohle und Öl soll reduziert werden

Elmau. Die G7-Länder wollen sich für mehr Klimaschutz einsetzen. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen auf dem Gipfel in Elmau am Montag, »im Laufe des Jahrhunderts« eine Weltwirtschaft ohne die Nutzung von fossilen Energieträgern zu ermöglichen. Für die Energiegewinnung, also bei der Verbrennung in Kraftwerken, sollen Kohle und Öl bis spätestens 2050 zurückgefahren werden. Im Abschlusspapier soll von einer Reduzierung »im oberen Bereich« der Empfehlung des Weltklimarates IPCC in Höhe von 40 bis 70 Prozent die Rede sein. Außerdem haben die Industrieländer ein verbindliches Zwei-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung beschlossen.

Die Gipfelgegner haben derweil am Montag mit einer Kundgebung in Garmisch-Partenkirchen ihren Protest beendet, an der nach Angaben des Bündnisses »Stop G7 Elmau« etwa 150 Menschen teilgenommen haben. Eine weitere Demonstration durch die in der Nähe des Tagungshotels gelegene Stadt sagten sie ab. Agenturen/nd Seite 5

Türkische AKP auf Partnersuche

OSZE-Kritik nach Parlamentswahlen

Istanbul. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Parlamentswahl in der Türkei beginnt für die islamisch-konservative Regierungspartei AKP die schwierige Suche nach einem Partner. »Die Türkei wird eine Koalitionsregierung ausprobieren«, sagte Vizeministerpräsident Numan Kurtulmus am Montag in Ankara. Laut vorläufigen inoffiziellen Ergebnissen kam die AKP auf 40,9 Prozent der Stimmen – nach knapp 50 Prozent vor vier Jahren. Zulegen konnten Nationalisten und Linke.

Internationale Wahlbeobachter haben die türkische Parlamentswahl als grundsätzlich frei bezeichnet und gleichzeitig die Bedingungen im Wahlkampf kritisiert. Positiv sei die hohe Wahlbeteiligung – laut CNN Türk rund 84 Prozent –, hieß es in einer Erklärung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Montag. Die Organisation kritisierte jedoch die Zehn-Prozent-Hürde. Der zur Neutralität verpflichtete Präsident Recep Tayyip Erdogan habe »eine aktive Rolle im Wahlkampf« gespielt, kritisierte die OSZE weiter. Seite 3

Poststreik am Montag gestartet

Ver.di geht »schrittweise in den unbefristeten Arbeitskampf«

Berlin. Ver.di hat am Montag mit einem unbefristeten Streik bei der Deutschen Post begonnen. Die Mitglieder würden ab Nachmittag »schrittweise in den unbefristeten Arbeitskampf« gerufen, so die Gewerkschaft. Der Konzern habe sich in sechs Verhandlungsrunden »keinen Millimeter in Richtung einer Lösung« bewegt und zudem ein von ver.di vorgelegtes Angebot »ignoriert«, so Verhandlungsführerin Andrea Kocsis. Die Gewerkschaft müsse deshalb nun »den Druck erhöhen«. In dem Konflikt geht es um Bezahlung und Arbeitszeit für rund 140 000 Beschäftigte. Kern der Auseinandersetzung ist aber der Aufbau von 49 Regional-Gesellschaften für die Paketzustellung. Deren Beschäftigte werden nicht nach dem Post-Haustarif bezahlt, sondern erhalten die oft niedrigeren Löhne der Logistikbranche. Agenturen/nd

Wegen des Poststreiks kann es zu Einschränkungen bei der nd-Zustellung kommen. Die Zeitung gibt es trotzdem: kostenlos zum Download unter dasND.de/streiknd

ISSN 0323-3375

